



Dipl.-Ing. Dr. h.c. Josef Riegler

Josef Riegler, geboren am 1. November 1938 in Judenburg, studierte von 1960 bis 1965 an der Universität für Bodenkultur in Wien (Diplomingenieur). Danach war er als Fachlehrer und später als Direktor an Landwirtschaftlichen Fachschulen sowie als Generalsekretär der Katholischen Aktion in der Steiermark tätig. 1972 wurde er Direktor des Steirischen und 1980 des Österreichischen Bauernbundes, darüber hinaus war Dipl.-Ing. Riegler langjähriger Abgeordneter zum Nationalrat. Die weiteren beruflichen Etappen: Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Vizekanzler und Bundesparteiobmann der ÖVP, Obmann der Raiffeisenlandesbank Steiermark, Generalanwalt-Stellvertreter des Österreichischen Raiffeisenverbandes und Vizepräsident des Verbandes der Europäischen Landwirtschaft. Seit 1991 ist er Präsident des Ökosozialen Forum Österreich, seit 2001 Präsident des Ökosozialen Forum Europa.

Anschrift Dipl.-Ing. Dr. h.c. Josef Riegler
Ökosoziales Forum Österreich
Franz-Josefs-Kai 13
1010 Wien

Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zur Nachhaltigkeitsstrategie

Vortrag im Arbeitskreis „Nachhaltigkeit“ bei den Wirtschaftsgesprächen im Rahmen des Europäischen Forum Alpbach 2004

Ökosoziale Marktwirtschaft ist die logische Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft für die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts.

Die Soziale Marktwirtschaft wurde deshalb eine so beeindruckende Erfolgsstory, weil sie den Kampf zwischen Kapital und Arbeit durch die Synthese dieser beiden Kräfte ersetzt hat. Dieser historische Qualitätssprung war das Verdienst von Müller-Armack und Ludwig Erhard.

Heute geht es um einen weiteren Qualitätssprung.

Ökonomie, Soziales und Ökologie bilden das neue „strategische Dreieck“ für das 21. Jahrhundert.

Soziale Marktwirtschaft: eine beeindruckende Erfolgsstory

Das neue „strategische Dreieck“



Zu den einzelnen Eckpunkten:

Ziel des „Lissabon-Prozesses“ der EU

1. Eine wettbewerbsstarke Wirtschaft entspricht dem Ziel des „Lissabon-Prozesses“ der EU aus dem Jahr 2000, der vorsieht, Europa zum dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum zu entwickeln. Für dieses Ziel brauchen wir nicht nur verstärkte Investitionen in ein leistungsfähiges Bildungssystem sowie in Forschung und Entwicklung. Wir brauchen starken Wettbewerb zur Verhinderung von unfairer Marktmacht durch Monopole, Kartelle und vermehrt auch durch sogenannte „Global Player“, die sich über einzelstaatliche oder EU-Regeln hinwegsetzen können.

Sehr viel Arbeit bleibt den Instanzen der EU und vor allem den staatlichen Parlamenten und Regierungen, wenn es darum geht, der Wirtschaft bzw. den Unternehmen unnötige Barrieren, Lasten und Kosten durch zu viel an Gesetzen, Verordnungen und Bürokratie wegzunehmen.

*Ein schlanker
aber kein
schwacher Staat*

Ökosoziale Marktwirtschaft will einen schlanken, aber sicher keinen schwachen Staat!

*Überalterung und
Migrations-
bewegungen*

2. Soziale Fairness ist eine enorm vielfältige Aufgabe, die viel neue Kreativität und Innovation erfordert. Das beginnt bereits bei der klassischen Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, die infolge der demografischen Veränderungen – Stichwort „Überalterung“ – und der neuen Migrationsbewegungen neue Antworten in Gesetzgebung, Finanzierung und in der Symbiose von staatlichen Sozialsystemen, privater Vorsorge, gemeinschaftlichen Netzwerken und der Unterstützung der Familien bei Erziehung und Pflege erfordern.

*Entwicklung eines
„globalen Marshall-
Planes“*

Soziale Solidarität bedeutet im 21. Jahrhundert aber vermehrt auch den Ausbau des sozialen Zusammenhaltes in Europa und die Entwicklung eines „globalen Marshall-Planes“ mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit für eine immer enger global vernetzte Menschheit.

*Unser Wirt-
schaftssystem be-
günstigt vielfach die
„Nicht-Nachhaltig-
keit“*

3. Ökologie im Sinne des nachhaltigen Schutzes des Lebensraumes, der Umwelt und der Ressourcen für alle kommenden Generationen stellt die wohl gewaltigste Herausforderung dar: Den Umstieg von einer „Zivilisation des Raubbaues“ an begrenzten Ressourcen zu einer „Zivilisation der Nachhaltigkeit“, die auf Dauer Bestand hat. Das Ziel der Nachhaltigkeit wurde oft beschworen: In Rio 1992, in Johannesburg 2002, in der EU-Nachhaltigkeitsstrategie und, und, und ...

Niemand ist gegen Nachhaltigkeit. Trotzdem kommen wir nur schwer voran. Der Grund dafür ist simpel: Unser derzeitiges Wirtschaftssystem begünstigt vielfach die „Nicht-Nachhaltigkeit“: Preise, Kosten, Tarife, Steuern etc. sprechen nicht die „ökologische Wahrheit“. Nur wenige Idealisten und Altruisten sind ein Feind der eigenen Brieftasche und handeln im Sinne der Nachhaltigkeit, obwohl das für sie teurer, unbequemer und von geringem Komfort ist.

Daher meine Erfahrung: Mit der bisherigen Form von Umweltpolitik – Verbote, Appelle, Kontrollen, ein bisschen Förderung – lässt sich das Ziel der Nachhaltigkeit nicht erreichen. Wir müssen die Sache umdrehen und den Markt zum Motor für Nachhaltigkeit machen. Dazu ist es notwendig, dass Preise, Kosten, Steuern, Abgaben und Förderungen jene Signale geben, die nachhaltiges Handeln auch für die Bilanzen der Unternehmen und die Geldtaschen der Konsumenten attraktiv macht.

Den Markt zum Motor für Nachhaltigkeit machen



Das heißt konkret:

+ Ökologische Wahrheit in der Gestaltung der Preise und Kosten durch strikte Anwendung des Verursacherprinzips: Wer emittiert, soll dafür zahlen. Wer hohe Entsorgungskosten verursacht, wer begrenzte Ressourcen verbraucht bzw. zerstört, ebenso.

Strikte Anwendung des Verursacherprinzips

Dazu brauchen wir eine starke Politik! Gesetzgeber und Regierungen auf nationalstaatlicher, europäischer und globaler Ebene müssen die richtigen Spielregeln für Umweltschutz unter fairen Wettbewerbsbedingungen herstellen.

+ Das gilt verstärkt für den strategisch konzipierten, schrittweisen und daher auch planbaren Umbau des Steuersystems. Unser Steuersystem beruht noch viel zu sehr auf den Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts: Wer arbeitet und produziert, wird belastet! Ressourcenverbrauch bzw. Umweltbelastung werden wenig erfasst; Kapital konnte sich tendenziell der Steuerpflichtigkeit mehr und mehr entziehen.

Umbau des Steuersystems

+ Subventionen kommen weit überdimensional der „Nicht-Nachhaltigkeit“ zugute und gegen präzise Deklarationspflichten im Sinne fairen Wettbewerbes gibt es vor allem auf globaler Ebene enormen Widerstand. Ziel der Ökosozialen Marktwirtschaft zur Durchsetzung des Zieles der Nachhaltigkeit ist die Anwendung des „Jiu-Jitsu-Prinzips“.

Subventionen kommen der „Nicht-Nachhaltigkeit“ zugute

Ökosoziale Marktwirtschaft als europäisches Konsensmodell

Europa unterscheidet sich positiv von nord-amerikanischen Modellen

Unter verschiedenen Bezeichnungen und mit verschiedenen Akzenten wird in Europa sowohl auf Ebene der EU wie auch der meisten Staaten eine Marktwirtschaft unter sozialen Rahmenbedingungen und unter Respektierung des Umweltschutzes praktiziert. Europa unterscheidet sich dadurch positiv von nordamerikanischen oder ostasiatischen Modellen.

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, wie sehr auch die europäischen Staaten seit 10 Jahren von den neoliberalen Strömungen beeinflusst wurden – sowohl durch OECD und WTO wie auch durch den Druck der Kapitalströme und die zeitgeistigen Trends in Politik und Wirtschaftswissenschaften.

Ökosoziale Marktwirtschaft als Modell für eine gerechtere Globalisierung

Wenn es gelingt, wesentliche Elemente der Ökosozialen Marktwirtschaft in die globalen Institutionen und Regelwerke zu integrieren, dann steigt die Chance für den Umstieg der Menschheit auf eine „Zivilisation der Nachhaltigkeit“ enorm.

Bestehende Instrumente in Richtung der Ökosozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln

Dabei plädiere ich für einen pragmatischen Weg, der sich der bestehenden Instrumente bedient und sie in Richtung der Ökosozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt.

Dazu einige Anregungen:

WTO: soziale und ökologische Kriterien integrieren

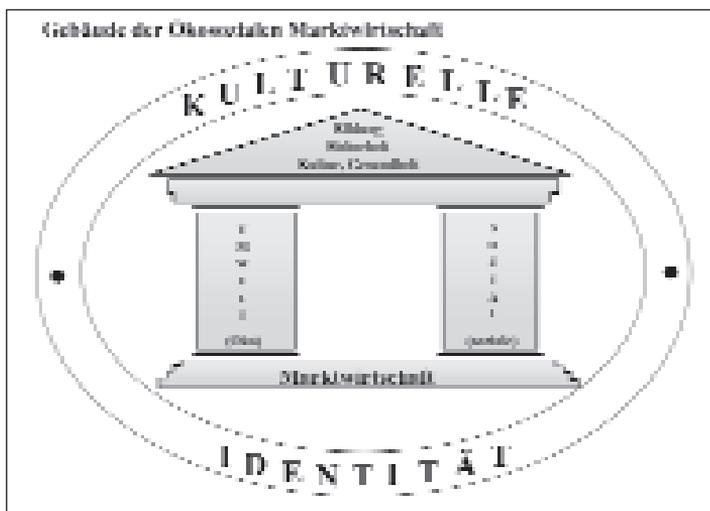
1) Weiterentwicklung der WTO von einem Instrument eines einseitigen und oft unfairen Freihandels zu einem Rahmen für einen fairen globalen Wettbewerb und einer Basis für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Dazu ist es notwendig, soziale und ökologische Kriterien in das Regelwerk der WTO zu integrieren, die diversen Definitionen auf neuen Stand zu bringen, unfaire Exportpraktiken abzustellen und die Vormachtstellung der WTO gegenüber anderen wichtigen globalen Vereinbarungen (UNEP) und Organisationen (ILO) zu beenden.

Schaffung eines globalen Finanzierungsrahmens

2) Schaffung eines globalen Finanzierungsrahmens für die Installation eines „Global-Marshall-Plan“, der den wirklich systematischen Aufbau von Infrastruktur, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystemen bei Respektierung der Menschenrechte und demokratischer Mindeststandards möglich macht. Nur dadurch kann auch das Problem der Bevölkerungsexplosion bewältigt werden.

Für ein solches Vorhaben bedarf es neuer Finanzierungsquellen, die zum Teil in einen globalen Marshall-Plan fließen könnten.

3) Einbindung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds sowie der verschiedenen Spezialorganisationen der UNO in eine solche Strategie mit dem Ziel der Schaffung eines wirklich funktionsfähigen „Global-Governance-Systems“.



Resümee:

- a) Eine friedensfähige und zukunftsfähige Welt ist machbar.
- b) Die Erfahrungen der europäischen Integration auf dem Weg zu einer „Einheit in der Vielfalt“ kann als Beispiel für die Bewältigung globaler Herausforderungen dienen.
- c) Das europäische Modell einer „Ökosozialen Marktwirtschaft“ ist der in sich schlüssigste Denkansatz für das Gelingen einer globalen nachhaltigen Entwicklung.
- d) Ökosoziale Marktwirtschaft bedarf einer starken Politik mit der Kraft zu wirklichen Weichenstellungen für die Zukunft auf Basis einer Ethik, die die Würde des Menschen, die Respektierung unterschiedlicher Kulturen und Religionen sowie die Anerkennung der „Goldenen Regel“ beinhaltet:

„Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg' auch keinem andern zu“.